



Martin Patzelt MdB



Liebe Leserinnen und Leser, in dieser Sitzungswoche haben die Ausschüsse ihre Arbeit aufgenommen. Nunmehr steht fest, für welche Themen ich in meinen beiden Ausschüssen zuständig bin. Für diese Bereiche werde ich mich in den nächsten Jahren mit Kopf, Herz und Verstand einsetzen.

In meiner Ausschussarbeit wird zum einen der Dauerbrenner Ukraine noch einige Zeit auf der Tagesord-

nung stehen. Familienpolitisch geht es um die Weiterentwicklung des Elterngeldes sowie um die Fortführung des Fonds Heimkinder Ost, dem das Geld auszugehen droht.

Die herausragenden Themen der großen Koalition für das erste Halbjahr sind die Energiewende und das Rentenpaket. An beidem haben wir großen Anteil, denn es war die Union, die die Energiewende eingeleitet hat. Nun geht es darum, gewisse Auswüchse in den Griff zu bekommen, damit die Energiepreise bezahlbar bleiben. Es ist nachvollziehbar, dass die Bundesländer in diesem Punkt Eigeninteressen verfolgen. Doch irgendwann werden sie hinter dem Gesamtinteresse zurückstecken müssen. Denn unser Ziel muss eine weiterhin florierende Wirtschaft sein, damit auch

in Zukunft genügend Geld zur Sicherung unserer Sozialsysteme vorhanden ist. Beim Rentenpaket gehen drei von vier Bestandteile auf unsere Initiative zurück: Verbesserung der Erwerbsminderrente, Erhöhung des Reha-Deckels und vor allem die Mütterrente. Allein von der letztgenannten Maßnahme werden neun Millionen Frauen profitieren. Deutschland geht es gut. Wir verzeichnen die höchsten Steuereinnahmen aller Zeiten. Die Zahl der Beschäftigten ist so hoch wie seit der Wende nicht mehr. CDU und CSU werden zusammen mit ihrem Koalitionspartner SPD alles dafür tun, damit das auch in Zukunft so bleibt.

Viel Freude beim Lesen wünscht
Ihr Martin Patzelt



Nr. 2/18. WP
31. Januar 2014



Die Landesgruppe Brandenburg: Jens Koeppen MdB, Michael Stübgen MdB, Parl. Staatssekretärin Katharina Reiche MdB, Jana Schimke MdB (erste Reihe, v. l.) Sebastian Steineke MdB, Martin Patzelt MdB, Uwe Feiler MdB, Dr. Klaus-Peter Schulze MdB, Hans-Georg von der Marwitz MdB (zweite Reihe, v. l.) Foto: Laurence Chaperon

Termine - Vorschau

10.-23.02. 2014
Sitzungswochen Deutscher Bundestag

24.02.2014
CDU-Kreisvorstandssitzung
LOS

27.02.2014
Eröffnung des Wahlkreisbüros
in Eisenhüttenstadt

27.02.2014
Mitgliederversammlung der
CDU Frankfurt (Oder)

01.03.2014
Kreisparteitag LOS (Wahlen)

03.03.2014
Eröffnung des Wahlkreisbüros
in Beeskow (neuer Termin)

17.03.2014
konst. CDU-
Kreisvorstandssitzung LOS

20.03.2014
Stolpersteinverlegung in
Beeskow

24.03.2014
Eröffnung des Wahlkreisbüros
in Frankfurt (Oder)

24.03.2014
Jahresempfang der CDU Frank-
furt (Oder)

14.04.2014
CDU-Kreisvorstandssitzung
LOS

www.martin-patzelt.de

Meine Tätigkeitsfelder in den Ausschüssen Familie, Senioren, Frauen und Jugend und im Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

Familie und Menschenrechte sind die beiden Themenbereiche, für die ich die nächsten vier Jahre im Deutschen Bundestag zuständig sein werde. Dabei kann ich nicht zuletzt auf meinen reichhaltigen Erfahrungsschatz als Leiter eines Kinder- und Jugendheimes sowie als Beigeordneter für Jugend und Soziales der Stadt Frankfurt/Oder und Referatsleiter für öffentliche Erziehung der Landesregierung Sachsen-Anhalt

zurückgreifen. Im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend werde ich als Berichterstatter für die Themen Erziehungskompetenz, Wertevermittlung, Extremismusbekämpfung, Demokratieklause, Behinderte Menschen, Mehrkinderfamilien, Demografischer Wandel, Heimkinder Ost und West sowie Sekten und Drogen zuständig sein. Im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe habe ich

die Berichterstattung für ethische Fragen, Frauenrechte, Kinderrechte, Presse- und Meinungsfreiheit, für das Thema „Staaten, die systematisch, massiv und komplex Freiheitsrechte verletzen“ sowie die Region Süd- und Südostasien übernommen. Ich freue mich auf meine neuen Aufgaben und sehe ihnen mit großem Interesse entgegen.

Demokratieerklärung bleibt in der Substanz erhalten

Am heutigen Freitag haben die Ressorts Familie und Innen sich geeinigt, die Demokratieerklärung in einer anderen Form fortzuführen. Marcus Weinberg MdB, familienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und ich als zuständiger Berichterstatter begrüßen es, dass sich das Innen- und das Familienministerium auf eine einheitliche Förderpraxis von Programmen zur Bekämpfung von Extremismus geeinigt haben. Es ist gut, dass die politische Intention der Demokratieerklärung erhalten bleibt: Es wird si-

chergestellt, dass nur solche Verbände und Projekte gefördert werden, die auf der Grundlage des Grundgesetzes stehen. Damit ist das zentrale Anliegen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion weiterhin uneingeschränkt erfüllt. Die Förderung von Gegnern der Demokratie wird auch mit der neuen Praxis unterbunden und durch diesen Kompromiss haben wir eine einheitliche Handlungsregelung zwischen den Ministerien. Mit dieser Regelung wird auch dem Selbstverständnis und Interesse der geförderten Träger zur deutlichen Abgrenzung von

demokratiegefährdenden Projekten entsprochen. Zukünftig sollen Förderungsbescheide als Nebenbestimmung enthalten, dass an extremistische Organisationen und Personen keine Steuergelder gehen dürfen. Wird im Nachhinein offenbar, dass dagegen verstoßen wurde, kann das Fördergeld zurückverlangt werden. Wir freuen uns, dass die Familienministerin unsere wichtige Botschaft mitträgt: Demokratiefeinde – egal welcher Couleur – bleiben draußen.

Tür für Ukraine steht weiter offen

Sowohl in der AG als auch im Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Fragen stand das brandaktuelle Thema Ukraine auf den Tagesordnungen. Erfreulicherweise gibt die derzeitige Entwicklung Anlass zu Hoffnung. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat in ihrer Regierungserklärung den ukrainischen Regierungsg-

nern ihre Unterstützung für eine friedliche Lösung des Konfliktes zugesichert. Die Demonstranten auf dem Maidan in Kiew – und inzwischen auch anderswo im ganzen Land – setzen sich für die gleichen Werte ein, die auch für uns in der Europäischen Union gelten. Das verdient unsere volle Unterstützung. Es ist des-

halb richtig, dass Bundeskanzlerin Merkel die Tür für die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU weiterhin offen hält. Die Ukraine gehört zu Europa. Gute Beziehungen zu Europa schließen indes gute Beziehungen zu Russland nicht aus. Ein „entweder oder“ ist für keinen der Beteiligten zielführend.

Martin Patzelt, MdB

Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro**Frankfurt (Oder)**

Anna Fabisch
Markus Zaplata
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/327 007
Fax 0335/530 746
martin.patzelt.ma04@bundestag.de
geöffnet: Di + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro**Eisenhüttenstadt**

Helga Grune
Saarlouiser Str. 35
15890 Eisenhüttenstadt
Tel. 0335/327 007
Fax 0335/530 746
geöffnet: Do 16-18 Uhr

Wahlkreisbüro**Beeskow**

Manuela Heuer
Berliner Str. 19
15848 Beeskow
Tel. 0335/327 007
Fax 0335/530 746
geöffnet: Mi 16-18 Uhr

Um diesen Newsletter zu abonnieren, senden Sie uns bitte eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de

Arbeit der Kinderkommission wird verlängert

Die seit 1988 bestehende Kinderkommission des Deutschen Bundestages wird auch in dieser Legislaturperiode fortgeführt. Dies hat der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in dieser Woche einstimmig beschlossen. Der Unterausschuss „Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)“ versteht sich als Wächteramt. Er veranstaltet regelmäßig öffentliche Anhörungen und Expertengespräche. In der Sitzung unserer Arbeitsgruppe waren Familienministerin Manuela Schwesig sowie ihre beiden Parlamentari-



Bundesministerin Manuela Schwesig mit dem AG-Vorsitzenden Marcus Weinberg

schen Staatssekretärinnen Elke Ferner und Caren Marks zu Gast. Frau Schwesig stellte die Schwerpunkte ihrer Arbeit für diese Legislaturperiode vor. Dazu gehört u.a. die Fortfüh-

„Bundesministerin Manuela Schwesig hat mehrfach festgestellt, wie wichtig es sei, den Familien mehr Zeit, mehr Geld und bessere Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Ich frage mich, ob es nicht genauso wichtig ist die Fragen zu stellen: Wofür wird das Geld verwendet? Womit wird die Zeit ausgefüllt und hat die inhaltliche Arbeit das gleiche Niveau wie die angestrebte Infrastruktur öffentlicher Erziehung?“

Geradezu befreiend wirkten auf mich die Redebeiträge meiner Kollegen der CDU/CSU-Fraktion nach der Regierungserklärung von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig, in denen auf die Verantwortung und Wahlfreiheit von Eltern, auf die notwendige Wertorientierung und auf den unerlässlichen Zusammenhang von Bindungsfähigkeit und Bildung verwiesen wurde. Kriterien, die ich in der Erklärung der Ministerin und den Redebeiträgen der SPD-Abgeordneten sehr vermisst hatte.“ Martin Patzelt

runge des Elterngeldes zum Elterngeld plus mit verbesserten Bezugsmöglichkeiten. Auch soll in diesem Jahr ein Gesetz zur Förderung von Frauen in Führungspositionen verabschiedet werden. Strafrechtliche Änderungen soll es beim Thema Zwangsprostitution sowie Menschenhandel geben. Aber auch die legale Prostitution soll stärker reglementiert werden etwa durch ein Verbot von Flatrate-Sex. Verbessert werden soll die Altenpflegeausbildung. Dringender Handlungsbedarf besteht beim Fonds für Heimkinder Ost, da die bisher bereit gestellten Mittel Ende des Quartals aufgebraucht sein werden. Erfreulicherweise hat sich die Ministerin – wie übrigens auch Arbeitsministerin Andrea Nahles – uneingeschränkt zum Ausbau der Mütterrente bekannt. Davon werden rund neun Millionen Mütter profitieren.